

Klaus Wiesehügel

Bundesvorsitzender

der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

anlässlich der

DGB-Demonstration am 21. Oktober 2006, Frankfurt am Main

Das geht besser - aber nicht von allein!

Achtung Sperrfrist: 21.10.2006, 13.30 Uhr

Änderungen vorbehalten.

Es gilt das gesprochene Wort.

Das geht besser! Aber nicht von allein – unter diesem Motto sind wir heute hier, um gegen die Politik der schwarz-roten Bundesregierung zu demonstrieren und gegen die unverfrorene Politik mancher Manager und Unternehmen, die skrupellos Massenentlassungen vornehmen.

Tausende Menschen werden in die Arbeitslosigkeit geschickt, und auf der anderen Seite fahren deutsche Unternehmen Rekordgewinne ein.

Ob Gesundheitsreform, Rente mit 67, Unternehmenssteuerreform, Kombilöhne oder Hartz IV, die Leidtragenden der Reformen sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Es kann nicht sein, dass die Gewinner wieder diejenigen sind, die den Hals sowieso nicht voll bekommen können, während immer mehr Menschen, vor allem Kinder und ältere Menschen in Armut geraten.

Das geht besser. Es gibt Alternativen zur gegenwärtigen Politik. Wir brauchen eine andere Politik. In den Unternehmen wie im Staat.

Gesundheitspolitik, dass heißt seit Jahren viel Murks!

Wer zum Arzt muss, zahlt Praxisgebühren, höhere Zuzahlungen für Medikamente und Behandlungen inklusive. Dagegen werden diejenigen, die es sich leisten können, auch noch mit niedrigen Beiträgen und Sonderleistungen belohnt.

Entlastet wurden durch die Reformen nur die Arbeitgeber. Zusammen waren es 9 Milliarden Euro pro Jahr. Neue Arbeitsplätze – so wie versprochen - hat es nicht gebracht.

Es ist richtig: den gesetzlichen Krankenkassen fehlt immer mehr Geld. Das ist aber keine Folge der Demographischen Entwicklung wie uns eingeredet wird. Es ist die Folge einer falschen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Richtig ist vielmehr, dass diejenigen, die regulär arbeiten und die gesetzliche Krankenversicherung finanzieren, immer weniger werden, weil sie keine Arbeit haben. Das ist der Grund der Finanzmisere: ebenso wie die dramatische Niedriglohnstrategie, die ausufernde prekäre Beschäftigung und die boomenden Mini-Jobs.

Was passiert, wenn die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt, das verkündete letzte Woche das Statistische Bundesamt. Statt eines Minus von 4,3 Milliarden wie 2005, gab es in den ersten sechs Monaten 2006 ein Plus von fünf Milliarden in der Rentenkasse. Das zeigt, wir brauchen endlich wieder mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Der Niedriglohnstrategie und ausufernden prekären Beschäftigung gehört ein Riegel vorgeschoben.

Wenn die Kanzlerin sagt: Gesundheit muss teurer werden, dann glaube ich nicht richtig zu hören. Gesundheit kostet doch nicht plötzlich mehr, nur weil es eine neue

Bundesregierung gibt. Die Antwort muss doch lauten: Die Krankenversicherung muss gerechter finanziert werden.

Der Gesundheitsfonds soll verdecken, was eigentlich dahinter steckt. Die Arbeitgeberbeiträge werden eingefroren, die Finanzierung des Gesundheitswesens wird gedeckelt und nicht mehr vollständig von den Beiträgen getragen. Der Gesundheitsfonds ist der Einstieg in die Kopfpauschale und nicht in eine dringend notwendige Bürgerversicherung. Besser wird nichts. Es wird teurer und die Qualität der Gesundheitsversorgung bleibt auf der Strecke. Aber wir brauchen längst eine Umverteilung in die andere Richtung, von oben nach unten. Eine Umverteilung, von der die Mehrheit der Menschen in unserem Land etwas hat.

Wir haben vor allem ein gravierendes Einnahmeproblem. Das heißt, eine echte Gesundheitsreform muss dazu beitragen, dass die Einnahmebasis stabilisiert wird – und zwar langfristig. Das geht, wenn wir andere Einkommen, z. B. Kapitaleinkünfte, mit in die solidarische Finanzierung einbeziehen. Dann wären auch diejenigen mit im Boot, die andere bzw. die nur das Geld für sich arbeiten lassen. Und die Lasten wären endlich gerechter verteilt.

Dazu gehört auch, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung so finanziert werden, wie es sich gehört – nämlich über Steuern. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum gesamtgesellschaftliche Aufgaben auch über Sozialbeiträge finanziert werden und nicht alle dafür in die Pflicht gehen. Und es wäre ein Stück mehr Solidarität, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die, die es besonders dicke haben, ihre Steuern auch tatsächlich zahlen. Insgesamt könnten die Finanzierungsgrundlagen der Gesetzlichen Krankenversicherung so sogar kurzfristig stabilisiert werden.

Ab 2012 soll das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre heraufgesetzt werden. Wir Gewerkschaften lehnen diese Maßnahme ganz klar ab. Fünf Millionen Arbeitslose, 610.000 junge Menschen ohne Arbeit und gerade mal 30 % aller 55-64 jährigen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt: allein vor diesem Hintergrund - der viel zu hohen Arbeitslosigkeit - ist eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre falsch.

Jedem von uns muss klar sein, das ist keine Rentenreform. Die Rente mit 67 ist reine Abzocke auf unsere Kosten. Sie trifft gerade diejenigen Arbeitnehmer hart, die keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt mehr haben und die es auf Grund von körperlichen und gesundheitlichen Problemen heute schon nicht mehr schaffen bis 65 durchzuhalten. Wer aus gesundheitlichen Gründen in Rente gehen muss, der hat keine freie Wahl über den Zeitpunkt, wann er geht. Dafür darf er nicht noch mit Abschlägen bestraft werden.

Rentenreform, das geht besser. Das bisherige Rentenalter kann mit fairen und nachhaltigen Reformen beibehalten werden.

Statt der Rente mit 67 brauchen wir eine Umkehr in der Rentenpolitik.

Der Wechsel von der leistungs- zur beitragsorientierten Alterssicherung mit dem zentralen Fokus, die Beiträge unter 20 % zu halten – nur um dem Wunsch Lohnnebenkostensenkung der Arbeitgeber nachzukommen – war und ist der falsche Weg. Wer sagt eigentlich, dass die Rentenversicherungsbeiträge nicht über 20 Prozent steigen dürfen? Es sind die Unternehmer. Das ist der eigentliche Grund, warum die Rentenkassen nicht ausreichen. Die Rentenkasse ist nicht notleidend, weil unsere Kolleginnen und Kollegen – Gott sei Dank – lange leben, das wollen uns die Demographen glauben machen, die Rentenkasse ist notleidend, weil eine falsche Sozialpolitik gemacht wird.

Rente mit 67 heißt, kein demographisches Problem lösen, sondern Rente mit 67 heißt für sehr, sehr viele Kolleginnen und Kollegen Rentensenkung. Es besteht kein Zweifel, die Rente muss reformiert werden. Die gesetzliche Rente muss aber die zentrale Säule der Rentenversicherung bleiben und die gesetzliche Rente muss auch in Zukunft den Lebensstandard, ein Grundniveau sichern. Das geht nur, wenn wir die Risiken der Altersversorgung solidarisch breit schultern und die Rentenversicherung auf eine breite Basis stellen. Die starken Schultern müssen auch ihren Beitrag leisten. Nur so können wir verhindern, dass die Rentenversicherung weiter ausblutet.

Es geht besser, wenn wir die Erwerbsbeteiligung Älterer fördern und die Arbeitsbedingungen gesundheits- und altersgerecht gestalten. Durch Gesundheitsprävention, Fortbildung und Teilzeitarbeit können wir viel erreichen.

Und schließlich: Wenn Jugendliche eine gute betriebliche Ausbildung und anschließend reguläre Jobs bekommen, ist die Rente ab 65 auch noch übermorgen sicher. Doch stattdessen fordern die Neoliberalen mehr Eigenvorsorge, wollen die Abkehr vom Solidaritätsprinzip. Mehr Eigenvorsorge. Da fragen sich die meisten: vorsorgen wovon?

Die Zahl der Einkommensmillionäre und Milliardäre in Deutschland wächst.

Gleichzeitig und viel schneller aber wächst die Zahl derer, die zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben haben. Es ist ein schlimmes Zeugnis für unser reiches Land: fast drei Millionen Menschen arbeiten hierzulande zu Armutslöhnen. Wir Gewerkschaften sagen, das geht besser. Das geht besser mit **Mindestlöhnen**.

Wir müssen die Abwärtsspirale von Löhnen und Gehältern, Lohndumping und illegaler Beschäftigung in den Griff bekommen. Wir müssen dafür sorgen, dass derjenige der Arbeit hat anständig bezahlt wird.

Meine Gewerkschaft, die IG Bauen-Agrar-Umwelt, hat bereits Erfahrung mit dem Mindestlohn. Wir haben Mindestlöhne in verschiedenen Bereichen. Wir haben sie nicht nur beim Bau, wir haben sie bei den Dachdeckern, wir haben sie bei den Malern, bei den Gebäudereinigern, und wir streben sie auch in der Landwirtschaft an.

Seit 1995 haben wir im Bauhauptgewerbe, 600.000 Arbeitsplätze verloren: 10-mal mehr Menschen als in die Commerzbank Arena hier in Frankfurt passen. 600.000 Menschen haben in zehn Jahren in einer einzigen Branche ihren Arbeitsplatz verlo-

ren; in einer Branche, die überhaupt nichts mit Globalisierung zu tun hat, sondern mit einer verfehlten Wirtschaft und mit einer verfehlten Politik in diesem Land.

Wir haben den Mindestlohn gemacht, weil wir letztendlich die Arbeitgeber überzeugen konnten, dass in diesem gewaltigen Dumping nach unten auch ihre Renditen zum Schluss so schmal werden, dass sie nichts mehr verdienen und dass sie in Konkurs gehen. Wir konnten ihnen das über zehn Jahre beweisen. Die Arbeitgeber des Baugewerbes werden jedem bestätigen: Hätten wir den Mindestlohn in unserer Branche nicht vereinbart, wären wahrscheinlich weitere 200.000 Kolleginnen und Kollegen arbeitslos geworden.

Noch nie war eine politische Mehrheit für den gesetzlichen Mindestlohn so nah wie heute. Ein Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde könnte 4,6 Millionen Beschäftigten eine Lohnerhöhung bringen. Das sind 14,6 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Vor allem Frauen und gering Qualifizierte könnten sich über Lohnerhöhungen freuen. Trotz allem gibt es bei der CDU/CSU noch erhebliche Vorbehalte. Erfreulich ist aber, dass Gewerkschaften und SPD-Präsidium sich auf ein gemeinsames Konzept geeinigt haben. Es strebt die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen an.

Dabei ist ganz klar, dass Tarifverträge Vorrang haben, die Dumpinglöhne verhindern. Das ist mir wichtig, denn wenn wir über Mindestlohn reden, sollten wir über Mindestlöhne reden, uns nicht nur auf die 7,50 ausrichten. Wir müssen die Chancen nutzen, die die Tarifpolitik uns bringt, um Mindestlöhne zu vereinbaren. Den letzten Zweiflern und Blockierern aus der Koalition sei gesagt: Alle Erfahrungen aus dem Ausland wie Großbritannien oder Frankreich haben gezeigt, der Mindestlohn vernichtet keine Arbeitsplätze. Macht endlich Schluss mit Hunger- und Dumpinglöhnen. Kümmert euch um die Umsetzung des Mindestlohns.

Es darf nicht sein, dass eine Friseurin in Thüringen oder ein Landarbeiter in Nordrhein-Westfalen für 4 Euro die Stunde oder noch weniger schuftet muss.

Es geht besser. Es muss nicht sein, dass drei Millionen Menschen in Deutschland zu Armutslöhnen arbeiten.

2002 hieß die politische Zauberformel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Sanierung der öffentlichen Haushalte „Hartz“. Die Arbeitslosigkeit sollte bis 2006 um zwei Millionen reduziert werden, und die Haushalte sollten 19,6 Milliarden einsparen. Von Anfang an haben wir Gewerkschaften gegen diese Politik des Sozialabbaus Stellung bezogen. Die traurige Bilanz, die wir heute ziehen müssen, gibt uns leider Recht. Die Arbeitslosigkeit liegt heute um 300.000 Menschen höher als zu Beginn von Hartz und 900.000 Menschen müssen neben ihrem Einkommen zusätzlich Hartz IV beziehen.

Von den Menschen wird viel gefordert, aber sie werden wenig gefördert. Um aber Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern, dafür tun die Arbeitsagenturen viel zu wenig und vor allem so genannte Betreuungskunden werden nach Hartz IV durchgereicht.

Als sei die Bilanz und seien die Folgen für die Menschen nicht schon erschreckend genug, sollen - geht es nach den Wirtschaftsweisen - die Leistungen um weitere 30 Prozent gesenkt werden. Das heißt: anstatt 345,- Euro bekommt der Hartz-IV-Empfänger nur noch 240,- Euro. Mindestens 4,5 Millionen Menschen müssten mit 240,- Euro auskommen oder mit einem Ein-Euro-Job vorlieb nehmen. Das ist Sozialabbau pur. Da können wir nicht zusehen.

Die Leistungen liegen bereits heute am Rande dessen, was die Menschen zum Leben brauchen. Wir müssen diese verhängnisvolle Abwärtsspirale stoppen. Dazu brauchen wir nicht nur Mindestlöhne. Dazu brauchen wir auch eine andere Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose tatsächlich fördert und ihnen echte Chancen durch Wei-

terbildung und Ausbildung bietet. Die Politik muss der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse oberste Priorität einräumen.

Doch stattdessen wird die Vernichtung sozialversicherungspflichtiger Jobs durch prekäre Beschäftigung wie Minijobs, unsichere Selbständigkeit oder Scheinselbständigkeit gefördert. Hier müssen wir umsteuern. Wir müssen die Zuverdienstmöglichkeiten streichen, weil sie zu massenhaftem Missbrauch durch die Arbeitgeber führen.

Es geht besser, wenn wir dafür sorgen, dass Kinder nicht zum Armutsrisiko werden. Der Kinderzuschlag muss so angepasst werden, dass niemand wegen seiner Kinder Hartz IV beziehen muss. Und es geht besser, wenn wir ältere Menschen, die langjährig beschäftigt waren, einen besonderen Schutz gewähren. Sie dürfen nicht nach 18 Monaten in das Hartz-IV-System abgeschoben werden.

Wenn wir sagen „Das geht besser“ – dann meinen wir nicht, das was die Politik uns vorlegt, wäre schon gut. „Das geht besser“ bedeutet: So geht es gar nicht! Besser geht nur anders!

Klar ist auch: besser geht es nicht von allein. Die Große Koalition wird sich nicht von allein bewegen – und deshalb sind wir alle gefordert. Es geht uns nicht darum, irgendeine Regierung aus dem Amt zu jagen oder Koalitionen zu spalten. Es geht uns um die Politik, die gemacht wird. Wir wollen eine Politik für die Menschen, eine Politik, die den Menschen hilft. Wir wollen Reformen, die der großen Mehrheit der Menschen in diesem Land zu Gute kommt und keine Reformen, an denen sich nur wenige bereichern.

Die Politik, die die Große Koalition macht, geht in die falsche Richtung. Das wird sich nur ändern, wenn wir sie kräftig schieben, und zwar in die richtige Richtung. Das gilt als erstes für diese vermurkste Gesundheitsreform, für die Rente mit 67 oder die Hartz-Gesetze und die Arbeitsmarktpolitik.

Der heutige Tag, der 21. Oktober, kann nur der Anfang sein. Wir werden am Ball bleiben, dafür steht zu viel auf dem Spiel. Die großen Lebensrisiken Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit müssen kollektiv und solidarisch abgesichert werden – das kann niemand allein, damit ist der einzelne überfordert.

Funktionsfähige Sozialversicherungen sind das Herzstück des Sozialstaats. Dafür haben Gewerkschaften seit ihrer Gründung gekämpft. Diese Errungenschaft wollen wir verteidigen. Wir dürfen sie nicht zerstören. Nein, wir müssen sie ausbauen. Es geht besser - mit Eurer Hilfe.

Vielen Dank.